



Antrag

der Abgeordneten **Martin Hagen, Dr. Wolfgang Heubisch, Julika Sandt, Alexander Muthmann, Matthias Fischbach** und **Fraktion (FDP)**

Hochschulen in der Energiekrise unterstützen – Exzellente Forschung darf nicht gefährdet werden

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, mündlich und schriftlich bis spätestens 15. November 2022 dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst Auskunft zu folgenden Fragen zu geben:

- Inwieweit sieht die Staatsregierung die Gefahr, dass exzellente Forschung aufgrund der steigenden Energiepreise an den bayerischen Universitäten und Hochschulen für angewandte Wissenschaften in den nächsten Monaten gefährdet sein könnte?
- Mit welcher zusätzlichen finanziellen Belastung wird für die Universitäten und Hochschulen gerechnet?
- Welche Universitäten und Hochschulen haben bereits einen finanziellen Mehrbedarf gegenüber der Staatsregierung angegeben?
- Plant die Staatsregierung, die Universitäten und Hochschulen bei deren finanziellen Mehrbelastungen zu unterstützen? Wenn ja, in welcher Höhe? Wie konkret werden diese Unterstützungsmaßnahmen aussehen? Was spricht dagegen, finanzielle Unterstützungen aus der Fraktionsreserve der Regierungsparteien zu leisten?
- Inwieweit könnte es zu Schließungen von Universitäten und Hochschulen kommen? Ab welchem Zeitpunkt wird eine Rückkehr in die Online-Lehre empfohlen?
- Wie sieht die Gesamtstrategie der Staatsregierung im Zusammenhang mit den steigenden Energiepreisen im Kontext der Universitäten und Hochschulen aus?

Begründung:

Die sich aktuell weiter verschärfende Energiekrise sorgt nicht nur im privaten, sondern auch im öffentlichen Bereich für starke finanzielle Mehrbelastungen. Auch die Universitäten und Hochschulen im Freistaat werden davon stark getroffen. Dies betrifft nicht nur die Lehre (beispielsweise müssen hierfür Räume in ausreichendem Umfang geheizt werden), sondern ganz massiv auch die Forschung (z. B. für energieintensive Prozesse, Heizung der Laborkapazitäten etc.). Bereits jetzt haben einige Universitäten und Hochschulen die Befürchtung, ihre Kernaufgaben nicht mehr wie bisher betreiben zu können. Ein solcher Einschnitt wäre nicht hinnehmbar.

Die Staatsregierung wird deshalb aufgefordert, im Zusammenhang mit den steigenden Energiepreisen im Kontext der Universitäten und Hochschulen klar Stellung zu beziehen. Falls kein Spielraum für finanzielle Unterstützung bestehen sollte, könnte ein Teil der benötigten Mittel durchaus auch aus der Fraktionsreserve der Regierungsfractionen erfolgen.